

grünes blatt

April 2014 Nr. 2

die Zeitung der Grünen Kanton Zürich

Redaktion und Verlag:

Grüne Kanton Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich

Tel. 044 440 75 50, Fax 044 440 75 51

sekretariat@gruene-zh.ch, www.gruene-zh.ch

Spendenkonto: PC 80-26744-4

Aktuell Kantonale Abstimmungen vom 18. Mai 2014 **Seiten 2&3** – Die Grünen und die Axpo **Seite 4** – NEIN zu Ecopop **Seite 5** – Stadt Zürich **Seiten 6 & 7** – Grüne Winterthur **Seite 8** – Junge Grüne **Seite 9** – News aus den Regionen **Seiten 10 & 11**

Bündnis gegen Ecopop

Für eine
offene und
solidarische
Schweiz

Die Ecopop-Initiative, die bald zur Abstimmung kommt, geht noch weiter als die SVP-Masseneinwanderungsinitiative: Sie will die Nettozuwanderung verbindlich auf 0,2% pro Jahr beschränken und mindestens 10% des Budgets der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit für Familienplanung verwenden.

Wir Grünen sind gegen Scheinlösungen wie die Ecopop-Initiative. Sie löst kein einziges Umweltproblem, da sie keine Massnahmen enthält, um den hohen Boden-, Energie- und Ressourcenverbrauch zu senken. Zudem soll, anstatt die Rechte und die Bildung der Frauen weltweit zu stärken, die Geburtenrate gesenkt werden (mehr dazu auf S. 5).

Wir suchen echte Lösungen zum Schutz von Natur und Landschaft – zum Beispiel mit der Kulturlandinitiative. Oder mit der Initiative für eine Grüne Wirtschaft, die den ökologischen Fussabdruck verkleinern will. MigrantInnen für die ökologischen Probleme verantwortlich zu machen, ist nicht nur unsinnig, sondern auch zutiefst unsolidarisch. Es ist

darum wichtig, dass wir alle öffentlich zusammenstehen und uns gegen die Scheinlösung aussprechen. Über 10 000 Menschen haben das am 1. März an der Kundgebung für eine «offene und solidarische Schweiz» bereits bezeugt.

Zudem wollen wir mit dem Aktionsbündnis für eine offene Schweiz die fortschrittlichen Kräfte der Schweiz stärken.

Nicht die Abschottung bringt uns weiter, sondern eine nachhaltige Standort- und Ressourcenpolitik, Bildung, Verteilungsgerechtigkeit und Solidarität.

Jetzt unterschreiben!

www.buendnis-gegen-ecopop.ch

Marionna Schlatter, Präsidentin Grüne Kanton Zürich

Bündnis gegen

Ecopop

Jetzt mitmachen

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser

Die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative vom 9. Februar sitzt uns immer noch tief in den Knochen. Eine Schweiz, die sich vor allem abschotten will – das ist nicht unsere Schweiz. Statt aber in Schockstarre zu verfallen, haben die Grünen Schweiz schnell gehandelt und das «Bündnis gegen Ecopop» lanciert, denn die nächste Abschottungsinitiative, die Ecopop-Initiative, steht schon bald vor der Tür (S. 1). Wir machen uns jetzt stark für eine offene, solidarische Schweiz. Denn ein besserer Umweltschutz, der Erhalt des Kulturlandes und erst recht eine soziale, gerechte Gesellschaft sind mit Abschottung und Ausgrenzung nicht zu erreichen! Und natürlich hört Umweltschutz auch nicht an unseren Landesgrenzen auf. Mehr zum Thema schreibt Balthasar Glättli auf S. 5.

Ein weiteres Thema, das uns momentan bewegt, ist die Zusammenarbeit der Kantone mit der Axpo. Hier haben wir uns mit den Grünen der anderen Axpo-Kantone zusammengetan und gemeinsam einen Vorstoss erarbeitet, den wir nun in den Kantonsparlamenten einreichen. Ziel ist ein modernisiertes Konkordat und eine Axpo-Strategie, die auf erneuerbare Energien ausgerichtet ist (S. 4).

Neben aller Politik spriessen draussen endlich wieder die ersten Blumen und die Tage werden länger. Wir wünschen einen schönen Frühling!

Ulla Blume
Parteisekretärin
Grüne Kanton Zürich

Feedback ist willkommen:
publikation@gruene-zh.ch

NEIN zu Zwängerei und Verbotskultur

Die Volksinitiative gegen Werbung für Alkohol auf Sportplätzen und an Sportveranstaltungen will Werbung für sämtliche alkoholische Getränke auch auf privatem Grund verbieten. Regierung und Kantonsrat sind klar gegen das unverhältnismässige Verbot.

Das Blaue Kreuz Zürich begründet die von ihm lancierte Volksinitiative damit, dass Alkohol und Sport unvereinbar seien und zu viele Kinder und Jugendliche in den Stadien und auf Sportplätzen mit Werbung für alkoholische Getränke konfrontiert seien. Konkret geht es bei der Initiative vor allem um Bier-Werbung, Werbung für Spirituosen wurde bereits auf Bundesebene verboten.

Wider die Verbotskultur

Regierungs- und Kantonsrat sowie die grosse Mehrheit der Grünen Fraktion lehnen diese Initiative als unverhältnismässig und Zwängerei klar ab. Auf öffentlichen Sportplätzen und für alle Veranstaltungen, die sich speziell an Kinder und Jugendliche richten, gilt schon seit 2007 ein Werbeverbot für Alkohol. Die Initiative will das Alkoholwerbungsverbot nun auch für sämtliche Sportveranstaltungen auf privatem Grund verschärfen, also z.B. auch für Grümpeltourniere und ähnliches. Zudem dürfte auch auf den Trikots keine Alkoholwerbung mehr stehen. Das kann dazu führen, dass die Sport-Clubs weniger Sponsoringgelder erhalten.

Scheingewalt-Prävention

Ausserdem erhofft sich das Blaue Kreuz von der Initiative eine Eindämmung der «durch massiven Alkoholkonsum geförderten Ausschreitungen (Schlägereien, Gewalt, Vandalismus)». Diese Forderung wirkt populistisch, vor allem vor dem Hintergrund, dass das Verbot für Alkoholwerbung von 2007 so schlecht gegen Gewalt gewirkt hat, dass das sogenannte «Hooligan»-Konkordat überhaupt nötig wurde.

Vollzugsprobleme nicht mit neuem Gesetz lösen

Fraglich ist auch, ob das Interesse der InitiantInnen nicht eher ein besserer Vollzug des bestehenden Alkoholwerbverbots ist. Vollzugsprobleme lassen sich mit einem weiteren Gesetz nicht lösen. Dafür braucht es griffige Umsetzungsmaßnahmen für die – absolut ausreichenden – bestehenden Vorschriften im kantonalen Gesundheitsgesetz.

Ulla Blume, Geschäftsführerin Grüne Kanton Zürich

Abstimmungsvorlagen 18. Mai 2014

Der Vorstand der Grünen Kanton Zürich und der Vorstand der Grünen Schweiz empfehlen:

Kantonale Vorlagen (Parolenfassung am 14. April 2014)

VI «Weniger Steuern fürs Gewerbe (Kirchensteuerinitiative)» **NEIN**

VI «Keine Werbung für alkoholische Getränke auf Sportplätzen sowie an Sportveranstaltungen im Kanton Zürich» **NEIN**

Eidgenössische Vorlagen (Parolenfassung am 29. März 2014)

Gegenentwurf zur VI «Ja zur Hausarztmedizin» **JA**

VI «Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)» **JA**

Gripen-Fonds-Gesetz **NEIN**

VI «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» **NEIN**

NEIN zur Kirchensteuer-Initiative

Die juristische Kirchensteuer ermöglicht im Kanton Zürich unzählige soziale und kulturelle Projekte, die allen zugute kommen. Eine kantonale Volksinitiative der Jungfreisinnigen möchte diese nun abschaffen.

Unternehmen im Kanton Zürich bezahlen eine juristische Kirchensteuer. Auf den ersten Blick mag das etwas seltsam anmuten, ist Religion in unserer Gesellschaft doch weitgehend eine private Angelegenheit und steht auch dort für immer weniger Menschen im Vordergrund. Privat bezahlen wir die Kirchensteuer schon lange nur noch, wenn wir uns auch einem Glauben zugehörig fühlen und Mitglied der Kirche sind.

Wieso sollen also gerade Unternehmen verpflichtet sein, eine Kirchensteuer zu bezahlen?

Finanzierung von sozialen und kulturellen Projekten

Schauen wir genauer hin, sehen wir, dass durch diese juristische Kirchensteuer unzählige wertvolle soziale und kulturelle Projekte im ganzen Kanton Zürich finanziert werden.

Die Kirchensteuer kommt nämlich, obwohl der Name anderes vermuten liesse, nicht kultischen Zwecken zugute. Das heisst konkret, dass das Geld nicht für Gottesdienste oder den Lohn des Pfarrers eingesetzt wird, sondern der Finanzierung sozialer und kultureller Projekte dient.

Kirchensteuer kommt allen zugute

Beispiele gibt es unzählige. Zum Beispiel wird «Kabel», eine Beratungsstelle für Lernende, die während ihrer Lehre Schwierigkeiten haben, durch die juristische Kirchensteuer ermöglicht. Oder auch die DFA, die Fachstelle bei Arbeitslosigkeit, die mit rechtlicher und persönlicher Beratung erwerbslosen Menschen im Kanton Zürich zur Seite steht. Die durch die Kirchensteuer finanzierten Projekte kommen nicht ausschliesslich Angehörigen von Glaubensgemeinschaften zugute, sondern stehen allen Menschen im Kanton Zürich unabhängig ihres Glaubens zur Verfügung.

Grössere Reichweite dank ehrenamtlicher Arbeit

Die Abschaffung der juristischen Kirchensteuer würde bedeuten, dass dieses Geld plötzlich an allen Ecken und Enden fehlen würde. Viele dieser wichtigen Aufgaben müssten in Zukunft wohl staatlich finanziert werden, was eine Verlagerung der Kosten von den Unternehmen zu den Steuerzahlenden bedeuten würde. Auch ist anzunehmen, dass die Kosten steigen würden, da die

Kirchensteuer viele Projekte finanziert, die mithilfe von freiwilligen Mitarbeitenden mehr Menschen erreichen können, als es mit staatlichen Mitteln möglich wäre.

Geringe Belastung – grosser Nutzen

Die Gesetze, auf denen die juristische Kirchensteuer beruht, sind erst seit 2010 in Kraft. Sie werden sowohl von der Politik als auch der Wirtschaft getragen. Der Regierungsrat und eine klare Mehrheit des Kantonsrats (123:40) stimmten für die Beibehaltung der juristischen Kirchensteuer. Das Argument, mit einer Abschaffung der Kirchensteuer würde das Gewerbe entlastet, greift zu kurz. Die Kirchensteuer beträgt durchschnittlich nicht mal 1/1000 des Gesamtaufwandes eines Unternehmens. Die Belastung für die Unternehmen ist folglich gering, der Nutzen für die Bevölkerung hingegen enorm.

Die juristische Kirchensteuer ist ein wichtiger sozialer Beitrag der hiesigen Unternehmen an die Gesellschaft im Kanton Zürich. Gefährden wir diese Unterstützung nicht.

Cordula Bieri, Gemeinderätin Zürich



**SORGE
TRAGEN**

NEIN ZUR KIRCHEN
STEUER
INITIATIVE

100 Jahre Konkordat – Von der NOK zur Axpo

Vor 100 Jahren gründeten die Kantone Aargau, Glarus, Zürich, Thurgau, Schaffhausen und Zug die Nordostschweizerischen Kraftwerke AG (NOK). St. Gallen und die beiden Appenzell stiessen später dazu. Ziel war die Regelung der gegenseitigen Verpflichtungen bei Stromproduktion und -bezug. Diese gegenseitige Verpflichtung ist heute durch die Strommarktliberalisierung zu einem grossen Teil aufgehoben – nach 100 Jahren haben nur noch drei Artikel des Konkordates eine Bedeutung.

Vertrag ohne strategische Ausrichtung

Zudem finden sich im NOK-Gründungsvertrag keine Bestimmungen, die die Wahl der Primärenergien, die der Erzeugungstechnologien oder der Anlagenstandorte einschränken würden. Auch die strategische Ausrichtung der NOK wird in keiner Weise festgelegt.

Die Gründung der Axpo

Am 10.6.2001 scheidet das Projekt Hexagon (Fusion der Kantonswerke mit der NOK) mit einem Referendum im Kanton Zürich. Ebenfalls 2001 tauschen die Aktionäre die NOK-Aktien in Axpo-Aktien um. Die NOK wird zu einer Tochtergesellschaft der Axpo-Holding AG und bleibt damit Rechtsnachfolgerin für den NOK-Gründungsvertrag. Der Name NOK verschwindet 2009 mit der Umbenennung in Axpo Power AG.

Ab 2002 expandiert die Axpo – ohne Anpassung des NOK-Gründungsvertrags – mit dem Kauf der CKW und der Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg in der Schweiz und im Ausland. Der Umsatz wird heute rund hälftig im In- und Ausland generiert.

Röbi Brunner, Kantonsrat, Steinmaur

NOK-Out nach 100 Jahren

Der NOK-Vertrag entspricht in keiner Art und Weise mehr den Anforderungen an die zukünftige Energiepolitik. Die übergeordnete Gesetzgebung hat die meisten Bestimmungen des Vertrags aufgehoben. Deshalb braucht es ein neues Konkordat.

Grundlage der Zusammenarbeit der Axpo mit den acht NOK-Kantonen ist der Gründungsvertrag von 1914. Nach 100 Jahren und einem völlig veränderten regulatorischen und wirtschaftlichen Umfeld wollen wir Grünen den Vertrag so erneuern, dass er eine taugliche Basis für die zukünftige Ausrichtung der Axpo wird.

Besonders gravierend ist die Bestimmung, der zufolge «sich die Kantone verpflichten, die gesamte elektrische Energie von den Nordostschweizerischen Kraftwerken zu beziehen». Dies ist mit der heutigen Energiepolitik und dem sich öffnenden Strommarkt ebenso wenig vereinbar wie die Tatsache, dass Regelungen zu den Stromprodukten, zum Netz, zu Dienstleistungen und Handel völlig fehlen.

Grüne Vorstösse in 7 Kantonen

Die Grünen der Kantone Zürich, Aargau, Thurgau, Schaffhausen, St. Gallen, Glarus und Zug lancieren darum in allen Kantonen Vorstösse mit dem Ziel, den NOK-Gründungsvertrag zu erneuern und den aktuellen energiepolitischen Gegebenheiten anzupassen. Es soll ein Konkordatsvertrag erstellt werden, in dem die energiepolitischen Zielsetzungen der Eigner Kantone verankert sind.

Die Kernpunkte all dieser Vorstösse sind:

- Vertragserneuerung bzw. Erstellung eines neuen Konkordatsvertrags
- Verpflichtung der Regierungsräte, Verhandlungen mit den VertragspartnerInnen aufzunehmen
- Frist: Der erneuerte Konkordatsvertrag muss den Kantonsparlamenten innert drei Jahren vorliegen

Mit dem neuen Vertrag muss sich die Axpo auf dem EU-weit liberalisierten Strommarkt positionieren und ihre Eigentümerstrategie darauf abstimmen. Dabei muss sie sich so ausrichten, dass ihr und den Eigentümerkantonen keine unverhältnismässigen Risiken erwachsen.

Zudem soll der Vertrag einen Beitrag zur Umsetzung der kantonalen Energiepolitiken leisten. Die Aufgabenbereiche zwischen Axpo und kantonalen Verteilwerken (Produktion, Handel, Versorgung, Dienstleistungen) sollen klar geregelt werden. Die Axpo soll sich auf bestehende Wasserkraft, neue erneuerbare Energien, Speicherung von Wasserkraft und den internationalen Handel mit Elektrizität fokussieren. Sie soll alle Geschäftszweige zurückfahren, die diesen Zielen nicht entsprechen.

Axpo-Arbeitsgruppe der Grünen Kantonalparteien



Axpo-Baustelle am Muttsee GL

Ein klares NEIN zu Ecopop

Die Grünen haben sich bereits mehrfach gegen die Ecopop-Initiative ausgesprochen und tun dies auch jetzt mit ihrem «Bündnis gegen Ecopop». Trotz des Initiativ-Titels handelt es sich nämlich nicht um eine Umweltschutz-Initiative.

Mit einer restriktiven Beschränkung der Nettozuwanderung will die Ecopop-Initiative gemäss eigenen Aussagen «die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft sichern». Dabei machen die Initianten einen kapitalen Denkfehler. Für sie tauchen Deutsche oder Franzosen erst dann in der ökologischen Bilanz auf, wenn sie in die Schweiz einwandern. Doch diese Menschen konsumieren und verschmutzen die Umwelt und gefährden Klima ja auch, wenn sie jenseits der Schweizer Grenzen wohnen, arbeiten und konsumieren!

Das Gleiche gilt auch für den Landschaftsschutz: ein schönes bayrisches Tal ist ja genauso schützenswert wie wertvolle Schweizer Kulturlandschaft.

Kein Sündenbock-Denken

Wir Grünen verweigern uns jedem Sündenbock-Denken, das den ZuwandererInnen die Verantwortung für unser eigenes Versagen in Umwelt- und Raumplanung zuschiebt – auch wenn sich Ecopop explizit von Fremdenfeindlichkeit abzugrenzen versucht.

Wirksame Lösungsansätze

Stattdessen kämpfen wir Grünen für griffige Rezepte, die an der Wurzel greifen: So haben wir mit unserer Kulturlandinitiative an der Urne einen Erfolg

gefeiert und auch andere Kantone zu ähnlichen Vorstössen inspiriert. Wer die Landschaft schützen will, muss die Landschaft schützen – nicht die Einwanderung beschränken.

Mit der Grünstadt-Initiative in der Stadt Zürich zeigen wir, dass wir für urbane Verdichtung mit Lebensqualität und funktionierenden Natur- und Naherholungsräumen stehen.

Schweizweit setzen wir uns für eine Limitierung des Ressourcenverbrauchs ein und wollen den Weg von einer Wegwerf- zu einer Kreislaufwirtschaft einleiten: mit unserer Initiative für eine Grüne Wirtschaft.

Wirtschaftswachstum hinterfragen

Zusätzlich haben wir Grünen eine Rolle, die keine andere Partei im ganzen Spektrum von links bis rechts ernsthaft wahrnimmt. Wir müssen die eindimensionale und kurzsichtige Fixierung auf das Wirtschaftswachstum hinterfragen und kritisieren.

Das Brutto-Inlandprodukt sagt nur wenig über den tatsächlichen Wohlstand eines Landes aus – und noch weniger darüber, ob dieser fair oder völlig ungleich verteilt ist! Darum ist es eine falsche politische Zielgrösse.

Neokolonialistischen Geist verhindern

Zum Schluss noch zum zweiten Teil der Initiative, die auch festschreiben will, dass mindestens 10% der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit zwingend für die freiwillige Familienplanung eingesetzt werden müssten. Hier atmet die Ecopop-Initiative unter dem Mäntelchen der «Freiwilligkeit» tief neokolonialistischen Geist.

In einem Interview mit der NZZ am 29. April 2013 brachte das die Entwicklungssoziologin Prof. Shalini Randeria treffend auf den Punkt:

«Wenn eine Frau aus Kamerun mehrere Kinder zur Welt bringt, trägt sie angeblich zur globalen Überbevölkerung bei, wenn der Schweizer aber zwei Autos kauft, kurbelt er das Wirtschaftswachstum an. Man kann die Frage der vermeintlichen Überbevölkerung nicht vom Ressourcenverbrauch trennen. Die Einwohner der Stadt New York verbrauchen an einem Tag mehr Energie als der gesamte afrikanische Kontinent.»

Balthasar Glättli, Nationalrat, Zürich

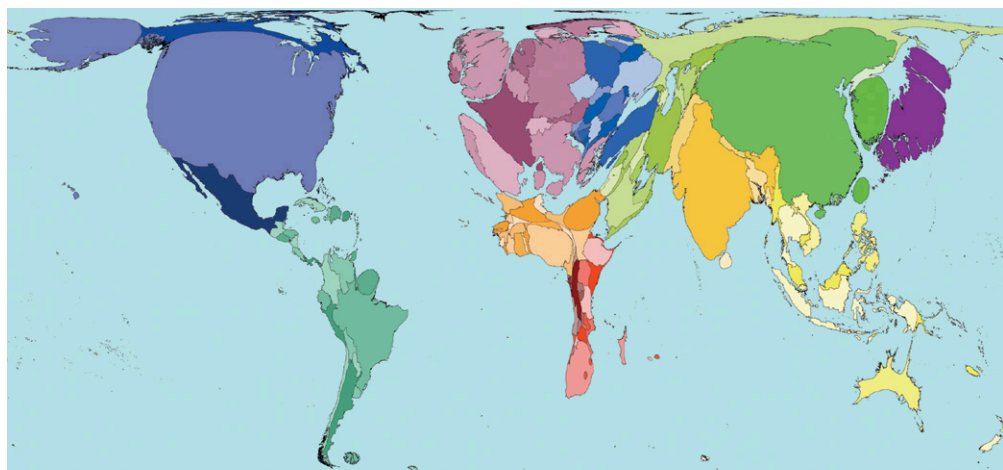
www.nein-zu-ecopop.ch

Buchtipp

«Die unheimlichen Ökologen»

Ein Buch, das diesen Herbst erscheinen soll und von Balthasar Glättli mit herausgegeben wird, wirft einen vertieften Blick auf die Ursprünge der Bevölkerungspolitik.

www.unheimliche-oekologen.ch



Die Gebietsgrösse entspricht dem Anteil am weltweiten ökologischen Fussabdruck. Nicht berücksichtigt sind dabei Importe und Exporte. Würden diese einberechnet, wäre der Fussabdruck z.B. Chinas viel kleiner und derjenige der Schweiz noch grösser.

Mit einem blauen Auge davongekommen

Bei den kommunalen Wahlen vom 9. Februar haben die Grünen in der Stadt Zürich ihre 14 Sitze im Gemeinderat halten können, beim WählerInnenanteil geringe Verluste erlitten. Nach schlechten Resultaten in anderen Kantonen ist das eine gute Nachricht. Ein Sitz im Stadtrat ging leider verloren.

Schon bei den Nationalratswahlen im Herbst 2011 mussten die Grünen Verluste hinnehmen. Seither haben wir bei kantonalen und kommunalen Parlamentswahlen meist verloren. Schon fast katastrophal waren die Verluste in Genf im Herbst 2013. Entsprechend gering waren deshalb die Erwartungen der Zürcher Grünen. Mir jedenfalls – als einem der Grünen Leitfossile – ging es so. Ich hatte Verluste von mehr als zwei Prozenten WählerInnenanteil und von zwei Sitzen im Gemeinderat befürchtet oder zumindest für möglich gehalten. Aber es kam anders: Mit 0,8 Prozent waren die Verluste klein. SP, SVP und CVP haben mehr verloren, die GLP legte nur wenig zu. AL und FDP – letztere unerwartet – sind die WahlgewinnerInnen.

Verzerrung durch die Masseneinwanderungsinitiative

Was eine Analyse der Resultate erschwert, ist der ungewöhnlich hohe WählerInnenanteil, hervorgerufen durch die gleichzeitige Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative. Hat die Initiative mehr linksgrüne WählerInnen mobilisiert, und wäre unser Resultat ohne sie schlechter gewesen? Ist das Hoch der FDP dadurch zu

erklären, dass die Initiative besonders viele moderate Bürgerliche an die Urnen lockte? Exakte Antworten werden wir keine erhalten; zum Abschneiden der Grünen wage ich hier ein paar Vermutungen:

Vier Jahre gut gearbeitet

Der Krebsgang der Grünen hält zurzeit noch an. Wir haben in den letzten vier Jahren in Zürich aber gute Arbeit geleistet. Unsere Wohnbauinitiative wurde an der Urne mit einer Dreiviertelmehrheit gutgeheissen. Themen wie 2000-Watt-Gesellschaft und Kinderbetreuung – von uns Grünen angestossen – haben die öffentlichen Diskussionen dominiert.

Ruth Genner und Daniel Leupi besetzen zwei Grüne Schlüsseldepartemente, haben erfolgreich gearbeitet und waren häufig in den Medien. Wir haben einen engagierten Wahlkampf geführt und mehr Geld denn je dafür ausgegeben.

An diesen Leistungen gemessen, hätten wir gewinnen müssen. Der nationale Trend, diese Schwächephase der Grünen, die auch in Tagi und NZZ genüsslich kolportiert wurde, hat dies

verhindert. Ich behaupte, dass wir in der Stadt Zürich «nur» 0,8 Prozent verloren haben, weil wir vieles richtig machten. Beruhigend ist dies nicht, aber wir brauchen die eigenen Leistungen der letzten vier Jahre und unseren Wahlkampf deshalb nicht schlecht zu reden.

Schwierige Ausgangslage bei den Stadtratswahlen

Bei den Stadtratswahlen ist die Situation umgekehrt: Das phantastische Resultat von Daniel Leupi war so verdient wie erwartet, aber wir hatten auch mit der Verteidigung des zweiten Sitzes gerechnet. Markus Knauss hat mit 35 000 Stimmen und 38 Prozent WählerInnenanteil ein gutes Resultat geschafft. In anderen Jahren hätte dies zum Erfolg gereicht. Woran sind wir gescheitert?

- Am Bisherigen-Bonus: Er hat diesmal besonders stark gewirkt; die Plätze 1 bis 7 wurden durch die Bisherigen belegt.
- Am «Import» von Filippo Leutenegger aus Bundesbern: Dieser hat sich für die FDP ausbezahlt – ein Coup, der uns Grünen mit Ruth Genner auch schon gelungen ist.
- An der Hausmacht: Raphael Golta von der SP blieb zwar farblos, das grössere eigene Lager hat ihm aber den entscheidenden Vorsprung von fast 5 000 Stimmen gebracht.

Mag sein, dass wir mit Karin Rykart mehr Frauenstimmen geholt hätten. Doch an diesem grossen Abstand wäre wohl auch sie gescheitert.

Christoph Hug, Präsident Grüne Stadt Zürich



Dr. Balz Bürgisser am 18. Mai ins Schulpräsidium Zürichberg

Balz Bürgisser, Mathematiklehrer und langjähriger Prorektor am Realgymnasium Rämibühl, Präsident des Quartiervereins Witikon, ehemaliger Präsident der Elternkonferenz Zürich und Mitglied der Grünen, erfüllt die Voraussetzungen für ein Schulpräsidium in idealer Weise.

Balz, was reizt dich am Amt des Schulpräsidenten?

Nach meinem Rücktritt als Prorektor des RG Rämibühl im Jahr 2012 möchte ich meine schulische Erfahrung und Führungskompetenz der Gesellschaft zur Verfügung stellen. Ich bin zuversichtlich, dass ich als Schulpräsident zur Lösung anstehender Probleme beitragen kann.

Die da sind?

In den nächsten Jahren wird es im Schulkreis Zürichberg mehr SchülerInnen geben, zudem wächst der Anteil an Kindern, die einen Hort besuchen. Moderne pädagogische Konzepte verlangen «Lernlandschaften» und Gruppenräume. Das alles führt dazu, dass die Räume in diversen Schulhäusern nicht mehr den Ansprüchen genügen. Es besteht

dringender Handlungsbedarf: Die Schulhäuser Hofacker, Looren und Münchhalde sollten möglichst bald saniert und erneuert werden. Eine weitere Herausforderung ist die Qualitätssicherung der Schule in Anbetracht sehr heterogener Klassen. Chancengerechtigkeit ist das Ziel: Jedes Kind soll in der Schule seine Fähigkeiten optimal entwickeln können – ausgehend von seinem Entwicklungsstand. Das verlangt neue Konzepte zur Individualisierung des Unterrichts und zur gerechten Leistungsmessung.

Wo ortest du sonst noch Brennpunkte an der Volksschule?

Dank dem neuen Volksschulgesetz werden heute Kinder mit besonderen Bedürfnissen in die Regelklassen integriert. Damit in so heterogenen Klassen alle Kinder erfolgreich lernen, sind Förder-

lehrpersonen, Gruppenräume und nicht zu grosse Klassen notwendig. Nur mit zusätzlichen Ressourcen kann Integration gelingen. Zudem hat die Integration Grenzen; bei einer kleinen Zahl von Kindern versagt sie. Diese haben Anrecht auf Sonderschulung ausserhalb der Regelklassen. Ein gravierendes Problem in der Sekundarschule sind die leistungsschwachen SchülerInnen ohne Perspektive. Sie neigen eher zu Gewalt und übermässigem Konsum von Suchtmitteln. Da braucht es wirksame Programme zur Prävention und Krisenintervention; und die Gesellschaft ist gefordert, genügend Lehrstellen zu schaffen.

Lieber Balz, danke für das Gespräch und alles Gute für den 18. Mai!

Das Gespräch führte Christoph Hug, Präsident Grüne Stadt Zürich



Wer hat, dem wird gegeben

Neben dem Stadtrat gibt eine Reihe weiterer anspruchsvoller und gut bezahlter Behörden-Vollmandate, wie Stadtammann, Friedensrichter oder Kreisschulpräsidium. Anders als am Bezirksgericht besteht für diese Ämter kein freiwilliger Proporz unter den Parteien. Die grossen Parteien teilen diese praktisch unter sich auf. So sind heute 5 von 7 Kreisschulpräsidien in SP-Hand. Nach dem Rücktritt von Hanna Lienhard (FDP) bewerben sich im Schulkreis Zürichberg Mirella Forster Vogel (FDP), Balz Bürgisser (Grüne) und Marianne Aubert (SP). Höchste Zeit, dass einmal die Grünen zum Zuge kommen!

Christoph Hug, Präsident Grüne Stadt Zürich

Mein erster Wahlkampf

Anita Hofer, Gemeinderätin der Winterthurer Grünen, hat gerade ihren ersten aktiven Wahlkampf hinter sich. Dabei hat sie vielfältige Eindrücke gesammelt, einige ernüchternd, viele motivierend.

Der Wahlkampf in Winterthur war für mich eine neue Erfahrung – Ausdauer forderndes Verteilen von Flyern und Postkarten in Briefkästen, Standaktionen bei Wind und Wetter, und teils ermüdende, teils erheiternde Wahlgruppensitzungen, in denen viele der strategisch-politischen Entscheidungen gefällt werden mussten. Was bleibt davon?

Wahlkampf lohnt sich ...

Die Gewissheit, dass wir (trotz anfangs ernüchternder WählerInnenumfrage und erwartetem Rechtsrutsch im Gemeinderat) alle unsere Sitze behalten konnten. Der Fakt, dass unsere Fraktion dank dem neuen Sitz der AL um einen Platz gewachsen ist. Die Tatsache, dass wir seit acht Jahren noch immer in der Regierung vertreten sind, um der neuen bürgerlichen Mehrheit im Stadtrat entgegentreten zu können. Und das Zutrauen, dass unsere Strategie und unser Wahlkampf dank dem Einsatz unserer SpitzenkandidatInnen Früchte tragen konnten.

... ist Knochenarbeit

Aber auch Erfahrungen, die mich zweifeln liessen: Begegnungen mit dem Querschnitt der Gesellschaft, nicht nur mit den Interessierten, den kritisch Hinterfragenden. Auch mit der teilnahmslosen, apathisch-selbstgerechten

Gesellschaft, schlecht bis gar nicht informiert, mit all den selbsternannten Betroffenen, denen die Hürde, ein Abstimmungscover zum Briefkasten zu tragen, eine zu grosse ist. Und gerade dass sich diese Phlegmatiker nicht selten in meiner Altersklasse bewegen, hat mich zum Nachdenken gebracht.

... und manchmal ernüchternd

Manchmal fühlte ich mich an den Standaktionen, als wollte ich die WinterthurerInnen dazu überreden, mir vorbehaltlos eine Niere zu spenden; dabei forderte ich sie lediglich auf, ihre simpelste Bürgerpflicht in unserer direkten Demokratie wahrzunehmen – das Privileg, das wir alle innehaben, zu nutzen und am Entscheidungsfindungsprozess teilzunehmen.

Und welche Schlüsse sind nun summa summarum für mich als 23-jährige Jungpolitikerin zu ziehen? Konsternation? Empörung? Enttäuschung über die heutige Jugend (und das in meinem Alter!)?

Politik soll Spass machen

Ich bin der Überzeugung, dass Politik, auch kommunal, trotz Anstrengung und Aufwand Spass machen muss, um sinnvoll umgesetzt werden zu können. Und Spass daran kann man wohl nur behalten, wenn man zu einer gesunden

Mischung findet: Akzeptanz dessen, was man nicht ändern kann, und die Motivation, sich für die Veränderung einzusetzen, wo es möglich und sinnvoll erscheint – mit Humor und einem gelassenen Augenzwinkern, das man mit Gleichgesinnten teilen kann, statt der Frustration viel Platz einzuräumen.

Insofern bleiben vielfältige Eindrücke des letzten Wahlkampfes. Einige ernüchternd, viele dafür umso motivierender.

Der Dialog ist wichtig

«Wählen und wählen lassen» war wohl einer der grundlegenden Einsichten für mich. Die Einsicht, dass es Personen gibt, die ich nie von meinen/unseren Ansichten und Ideen werde überzeugen können, auch wenn ich ihnen tausendmal einen Flyer in die Hand drücken, tausendmal die Tatsachen und Hintergründe erklären und zehntausendmal eine Statistik zeigen würde. Und auch die Einsicht, dass das ihr gutes Recht ist und es eben nicht in meiner Macht liegt, dies zu ändern. Und doch ist es möglich, dass sich jemand bei der tausendsten Erklärung auf ein Gespräch einlässt, beim Betrachten der zehntausendsten Statistik ins Grübeln kommt.

Freude am Miteinander

Und gerade weil es diese Personen gibt, ist es so wichtig, dass wir präsent sind und wirken! Auf der Strasse, auf Plakaten und Flyern, im Internet und an Anlässen wie dem Velofest, mit dem wir im September 2013 unseren Wahlkampf eröffneten. Und wir sollten nicht mit frustrierten Gesichtern, hängenden Mundwinkeln und konsterniertem Kopfschütteln auftreten, sondern mit Freude am Miteinander, mit Spass an der Politik und mit der inneren Gewissheit, uns auf dem richtigen Weg zu befinden.

Anita Hofer, Gemeinderätin Grüne Winterthur



Kein Mensch ist illegal!

Am 5. März 2014 wurde die Petition «Keine Hausarbeiterin ist illegal» mit über 20 000 Unterschriften eingereicht. Das Ziel ist die Stärkung der Rechte von Hausarbeiterinnen ohne geregelten Aufenthaltsstatus.

Das Bundesamt für Migration schätzt, dass in der Schweiz etwa 100 000 Menschen ohne gültige Papiere leben, davon 40 000 Hausarbeiterinnen. Für die Sans Papiers hat die Illegalität weitreichende Folgen: Sie leben in permanenter Angst, weil sie bei einer allfälligen Polizeikontrolle oder einer Zugfahrt ohne Ticket sofort auffliegen. So wird jeder Gang auf die Strasse zum Spiessrutenlauf.

Die wirtschaftliche Situation der Sans Papiers ist miserabel: Sie sind durch fehlenden Rechtsschutz prekären Arbeitsbedingungen ausgesetzt. Sie putzen die Villen am Zollikerberg, waschen Teller in Restaurants, mischen Beton auf der Baustelle – und das für menschenunwürdige Hungerlöhne.

Wir Grünen müssen klar sagen: So nicht!

Es gibt nur eine Lösung, die allen dienlich ist: die kollektive Regularisierung aller Sans Papiers. Das heisst, sie erhalten nach einer gewissen Frist eine Aufenthaltsbewilligung – nicht mehr und nicht weniger. Daraus entspringen drei Vorteile:

- Sans Papiers erhalten endlich adäquaten ArbeitnehmerInnenschutz.

- Wer Sans Papiers zu unmenschlichen Bedingungen anstellt, kann zur Anzeige gebracht werden.
- Der Staat kann von den Sans Papiers Steuern einziehen.

Es wurde in letzter Zeit nicht alles falsch gemacht. Seit Kurzem können jugendliche Sans Papiers eine Berufslehre machen, ein wichtiger und richtiger Schritt! Absurd ist aber, dass Sans Papiers eine Berufslehre absolvieren dürfen, danach aber nicht in ein legales Anstellungsverhältnis hineinkommen. Die gut gemeinte Idee von Frau Sommaruga haben erst zwei Jugendliche nutzen können.

Durchbrechen wir das gegenwärtig vorherrschende rassistische Denken und lassen wir eine schöne Schweiz für alle Realität werden. Nachdem die Sozialdemokratie die Sans Papiers hat fallen lassen und sich nicht mehr für die kollektive Regularisierung ausspricht, ist es umso wichtiger, dass die Grünen nicht von ihrer solidarischen Position abweichen. Kein Mensch ist illegal!

Mehr Informationen: www.khii.ch

Yannick Zryd, Koordination Junge Grüne Zürich

«Stürmen wir die Festung Europa» – 1. Mai in Zürich

Der diesjährige Slogan für den 1. Mai in Zürich ist aktueller denn je. In ganz Europa und allen voran in der Schweiz ist eine starke Tendenz zur Abschottung spürbar. Die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative hat dieses Land verändert. Statt Freiheit und Freizügigkeit will eine knappe, aber relevante Mehrheit Grenzen und Rückschritt. Diese Tendenz ist auch in Europa spürbar. Beauftragt von der EU errichtet die Grenzschutzagentur «Frontex» hohe Mauern. Mit immer perfideren Überwachungssystemen soll verhindert werden, dass Flüchtlinge aus Katastrophen- und Krisengebieten das europäische Festland betreten. Die Folgen dieser Politik wurden uns im Oktober letzten Jahres auf traurige Weise vor Augen geführt. Über 400 Flüchtlinge kamen zwischen Lampedusa und Malta ums Leben – getrieben von der Hoffnung auf ein besseres Leben.

Die Globalisierung hat die Welt nur vermeintlich zusammengebracht. Zwar können wir unsere Sommerferien heute am anderen Ende der Welt verbringen, Kapital, Rohstoffe und Güter verkehren über alle Grenzen, aber den Menschen bleibt diese Freiheit verwehrt. Das 1. Mai-Komitee forderte schon letztes Jahr die Überwindung der Grenzen. Landesgrenzen sind ein Relikt der Vergangenheit. Auch dieses Jahr kämpfen wir für die Bewegungsfreiheit der Menschen auf dieser Welt. Stürmen wir alle Festungen! Ich wünsche mir zahlreiche Grüne an diesem 1. Mai in Zürich. Dieses Thema geht uns alle an. Setzen wir ein Zeichen!

Das 1. Mai-Fest auf dem Kasernenareal ist das grösste nichtkommerzielle Fest in Zürich. Es findet am 1., 3. und 4. Mai statt.

Alle Infos unter www.1mai.ch

Luca Maggi, Grüne Zürich,
Sprecher 1. Mai-Komitee



Kurznews

Grüne Bezirk Meilen: Wahlen am 18. Mai 2014

Im Bezirk Meilen werden die Wahlen auf Gemeindeebene am 18. Mai 2014 durchgeführt. Für die Grünen des Bezirks kandidieren Marcus Bosshard für die Rechnungsprüfungskommission und Ruedi Meier (bisher) für die Schulpflege in Stäfa, und Daniela Brühwiler (bisher) für die Sozialkommission in Küsnacht.



Daniela Brühwiler ist Bezirksrätin und arbeitet bereits seit 2005 in der Sozialkommission: «Gerade in einer Goldküstengemeinde wie Küsnacht, scheint mir wichtig, dass soziale und Grüne Anliegen nicht vergessen gehen.»

Ulla Blume,
Geschäftsführerin Grüne Kanton Zürich

Transitverkehr im Wohnquartier

Viele BewohnerInnen von Küsnacht und Erlenbach staunten nicht schlecht, als die Gemeinderäte der beiden Gemeinden darüber informierten, dass ein Teil des Transitverkehrs während der 18-monatigen Sanierung der Seestrasse durch die Quartiere geleitet werden soll. Anlass zur Kritik gab nicht nur das bedeutend höhere Verkehrsaufkommen in den Wohngebieten, sondern auch die Einführung von Tempo 50 statt Tempo 30 auf der 2.7 km langen Umfahungsstrecke sowie die Aufhebung von mehreren Fussgängerstreifen. Der Gipfel der Empörung wurde mit der Ausschreibung des neuen Verkehrsregimes erreicht, in der festgehalten war, dass allfällige Rekurse keine aufschiebende Wirkung hätten.

Lokaler Widerstand ...

Die Grünen von Erlenbach und Küsnacht meldeten angesichts dieser offensichtlichen Bevorzugung des Verkehrsflusses gegenüber den Bedürfnissen der AnwohnerInnen ihren deutlichen Widerstand an und beteiligten sich am Rekurs seitens der AnwohnerInnen gegen die Tempo 50-Limite sowie gegen den Verzicht auf die aufschiebende Wirkung. Ebenso sammelten sie in nur zwei Wochen über 700 Unterschriften für eine Petition, in der die beiden Gemeinderäte aufgefordert werden, die Sicherheit in den Quartieren höher zu gewichten und Tempo 30 wie gehabt beizubehalten.

... zeigt leider kaum Wirkung

Beide Unternehmen zeigten bis jetzt kaum Wirkung: Die erste Rekursinstanz (Bezirksrat) bestätigte den Verzicht auf aufschiebende Wirkung, die beiden Gemeinden hielten sich bedeckt. Die Leserbriefspalten in der Lokalpresse waren anschliessend während Wochen durch das Thema besetzt. Seit Mitte Januar wird nun ein Teil des Seestrasse-Verkehrs Richtung Zürich durch die Gemeinden gelenkt und je dichter die Verkehrslage, desto ungehaltener reagieren die Autofahrenden und AnwohnerInnen.

Kanton und Gemeinden schieben sich Verantwortung zu

Im Januar reichte die Grüne Kantonsrätin Maria Rohweder eine dringliche Anfrage betreffend Tempo 50 auf der Umfahungsstrecke ein. In seiner Antwort verwies der Regierungsrat darauf, dass er keine Hoheit über Gemeindestrassen habe – wobei die Gemeinden ihrerseits die Tempoerhöhung damit rechtfertigten, dass sie sich an das vom Kanton erarbeitete Verkehrskonzept für die Sanierungszeit hielten.

Der Entscheid zum Rekurs gegen Tempo 50 steht noch aus. Bis dahin braust der Transitverkehr auf jeden Fall weiter durch die Wohnquartiere.

Thomas Forrer, Präsident Grüne Bezirk Meilen

Impressum

grünes blatt – Zeitung der Grünen Kanton Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich. Erscheint 4x jährlich. Auflage: 1'600 Ex. Redaktion & Layout: Ulla Blume. Korrektorat: Beat Hess. An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Marionna Schlatter, Esther Guyer, Cordula Bieri, Röbi Brunner, Balthasar Glättli, Christoph Hug, Anita Hofer, Yannick Zryd, Luca Maggi, Thomas Forrer, Daniela Brühwiler, Patricio Frei, Daniel Mägli, Markus Kunz. Bildnachweise: S. 1: Grüne Schweiz, S. 3: Caritas Zürich, kirchensteuerinitiative-nein.ch/, S. 4: Veronika R. Meyer, S.5: www.worldmapper.org/images/hires/322_ecol_footprint-ea-cart.tif, S. 7: Peter R. Rüegg, S.8: art.l.schock/Heiko Hofmann, S.9: Yannizentier, S. 11: art.l.schock/Heiko Hofmann. Design: artischock.net Zürich. Druck: Ropress. Diese Zeitung ist CO₂-neutral und auf FCS-Papier gedruckt: FSC C010121.



Kurznews

Grüne Kloten: Regula Kaeser-Stöckli ist neue Stadträtin

Einen sehr schönen Wahlerfolg konnten die Grünen Kloten am 9. Februar verbuchen: Unsere Kantonsrätin Regula Kaeser-Stöckli wurde in den Klotner Stadtrat gewählt und konnte so den



Grünen Sitz in der Exekutive verteidigen. Nach 16 Jahren im Gemeinderat wechselt Regula Kaeser-Stöckli nun also die Seiten – und wir gratulieren herzlich zur Wahl!

Ulla Blume, Geschäftsführerin Grüne Kanton Zürich

Grüne Uster: EcoViva – eine Initiative als Wahllokomotive

Uster ist in den letzten Jahren enorm gewachsen. Die drittgrösste Stadt des Kantons Zürich zählt heute über 33'000 EinwohnerInnen. Gebaut wird vor allem im oberen Preissegment. Deshalb lancierten die Grünen die Initiative EcoViva. Sie verlangt, dass die Stadt Uster für 10 Mio. Franken eine Stiftung gründet, die vor allem Familien und älteren Menschen mit kleinem Einkommen eine bezahlbare Wohnung zur Verfügung stellt, die sich an den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft orientiert. Die Initiative trifft ins Schwarze: nach vier Wochen sind rund 400 der 600 benötigten Unterschriften gesammelt. Zudem ist die Initiative ein ausgezeichnetes Instrument für Standaktionen. Sie ermöglicht viele Gespräche und schafft Sympathien – sie ist vielen ein Anliegen, die sonst nicht zur Grünen Stammwählerschaft zu zählen sind. Das ist vielleicht entscheidender Faktor im Wahlkampf, gerade wenn es nebst der Vertretung im Parlament auch um den Einzug in den Stadtrat geht. Als kleines

Geschenk erhielten die Unterzeichnenden unseren ersten ökologischen Einkaufsführer mit auf den Nachhauseweg.

Patricio Frei, Grüne Uster

Grüne Bezirk Dielsdorf: Wachstum, Zuwanderung und der ökologische Fussabdruck

Wachstum gilt gemeinhin als wünschenswert. Doch es hat seinen Preis: Es strapaziert Ressourcen und Infrastruktur, und nicht zuletzt ist es ein Motor der Zuwanderung. Gegen diese hat das Schweizer Stimmvolk gerade ein Zeichen gesetzt. Bereits 2015 soll die Ecopop-Initiative zur Abstimmung kommen, die eine noch rigorosere Beschränkung der Zuwanderung verlangt. Die Grünen Bezirk Dielsdorf werden dem Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Zuwanderung auf den Grund gehen und an einem Podium diskutieren, ob weiteres Wachstum ohne Zuwanderung möglich – und ob es überhaupt wünschbar ist. Am Podium teilnehmen werden Marcel Hänggi, Journalist und Buchautor, Robert Brunner, Grüner Kantonsrat und Unternehmer sowie Dieter Steiner, Emeritierter ETH-Professor und Ecopop-Mit-Initiant. Moderiert wird der Anlass von Markus Kunz, ZHAW-Professor und Grüner Gemeinderat in Zürich.

Daniel Mägli, Präsident Grüne Bezirk Dielsdorf

Verein Pro Üetliberg: Keine nachträgliche Baubewilligung

Der Eigentümer des Hotels auf dem Üetliberg darf auf dem Vorplatz weder Gartenwirtschaft noch Lounge betreiben, so lautet der Entscheid des Bundesgerichts, das damit die Beschwerde des Hoteliers abgewiesen hat. Damit ist auch klar, dass die Baudirektion des Kantons Zürich richtig gehandelt hat, als sie die nachträgliche Baubewilligung für die unbewilligt erstellte Gartenwirtschaft verweigert hat. In der Folge muss nun der rechtmässige Zustand auf dem Üetliberg wieder hergestellt werden. Davon profitieren werden alle, die auf dem Üetliberg Ruhe und Erholung suchen – und natürlich die Natur.

Ulla Blume, Geschäftsführerin Grüne Kanton Zürich

Grünkohl

Wer alles auch noch ein Sondersetting erhalten sollte

Der Blick. Kampfblatt für gehaltvolle Kampagnen und ein biologisches Wunder: Kann auch aus Nichts noch Mist machen. Sondersetting: Zweijährige Firmenretraite mit ausschliesslicher Lektüre alter eigener Ausgaben.

Die CVP. Kriegsgurgelpartei. Ihre Exponenten erkennt man daran, dass sie aussehen wie verschreckte Bübchen oder pädophile Gartenzwerge. Oder umgekehrt, aber Hauptsache christlich. Sondersetting: 666 Ave Marias, 365 Vaterunser und ein Sturmgewehr ungekocht verspeisen.

Der Köppel. Hassprediger, Volkserklärer und einziger noch verbliebener Intellektueller nationalen Formats. Sondersetting: Der CVP beim Sondersetting zuhören. Und am Sechse läuten den Bögg ersetzen.

Der Bigler, Hans-Ulrich, Gewerbeverbandspräsident. Zum Thema Waffenausfuhr findet er, tot sein sei weniger schlimm als arbeitslos sein. Wo er recht hat, hat er recht. Sondersetting: Massenexekution statt Massenentlassung.

Der Kantonsrat. Aber der hatte ja schon eines. Nannte es einfach Richtplandebatte. Cool!

G. Kohl

Agenda

Grüne Kanton Zürich

14. April 2014, 19:30 Uhr, Apéro ab 19:00 Uhr

Generalversammlung

Thema: Mindestlohn-Initiative & Zuwanderungskontingente?
Volkshaus, Stauffacherstrasse 60, Zürich, Blauer Saal

31. Mai 2014, 9:00 - 12:00 Uhr

Schulung «Zonen für erneuerbare Energien»

Was können wir lokal tun, um Zonen für erneuerbare Energien zu realisieren?

Grüne Stadt Zürich

1. April 2014, 19:30 Uhr

Generalversammlung

mit Referat von Balthasar Glättli «Unheimliche Ökologen – Ist Umweltschutz eine Frage der Bevölkerungspolitik?»
Zentrum Karl der Grosse, Kirchgasse 14, 8001 Zürich

9. April 2014, 19:00 Uhr

Besuch im Zürcher Gemeinderat

Rathaus, Limmatquai 55

24. Mai 2014, 14:00 Uhr

Exkursion «Faszination Honigbiene»

Lehrbienenstand, Segetenweg 31, 8053 Zürich

14. Juni 2014, 10:30 Uhr

Nationalrats-Brunch

Theater PurPur, Grütlistrasse 36, 8002 Zürich

21. Juni 2014, 14:00 Uhr

Exkursion «Wildbienen»

Treffpunkt «Botanischer Garten», Haltestelle Bus 33 und 77

26. Juni 2014

Sommerfest Grüne Zürich Nord

Grüne Adliswil

26. April 2014, 19:00 Uhr, Vortrag 20:00 Uhr

Mitgliederversammlung

Thema: Natur im Siedlungsraum, im Haus Brugg, Adliswil

Grüne Weinland

5. April 2014, 10:00-12:00 Uhr

Velobörse Andelfingen

Veloschopf beim Bahnhof Andelfingen

14. Mai 2014, 19:00 Uhr, Referat ab 20:00 Uhr

Generalversammlung & Referat Martin Graf

Löwensaal, Andelfingen

Grüne Winterthur

16. April 2014, 19:30 Uhr

Jahresversammlung

Alte Kaserne, Technikumstrasse 8, Winterthur

10. Juli 2014, 19:00 Uhr

Sommerfest

Grüne Glattfelden

5. April 2014, 12:00-15:00 Uhr

Velobörse Andelfingen

Schulhausplatz Eichhölzli, mit Risotto, Wein, Kaffee, Kuchen

Grüne Bezirk Pfäffikon

8. Mai 2014, 19:00 Uhr, Podium ab 20:00 Uhr

Generalversammlung

Podium «GRIPEN ja oder nein?», Saal der Stiftung Palme, Pfäffikon

Grüne Bezirk Dielsdorf

10. April 2014, 19:00 Uhr, Podium ab 20:00 Uhr

Generalversammlung

Podium «Wachstum, Zuwanderung und der ökologische Fussabdruck»
Reformiertes Kirchgemeindehaus Rümlang, Kirchstrasse 11, Rümlang

12. April 2014, 9:00-12:00 Uhr

Velobörse Regensdorf

Zentrumsplatz, Regensdorf

17. Mai 2014, 9:00-12:00 Uhr

Velobörse Rümlang

Gemeindehausplatz, Rümlang

Grüne Bezirk Horgen

9. April 2014, 19:00 Uhr, Vortrag 20:00 Uhr

Infoveranstaltung

Thema: Grüne Wirtschaft – Die Initiative zum nachhaltigen Wohlstand,
mit Bastien Girod, Zürcherhaus bei der reformierten Kirche, gegenüber
dem Bahnhof Dorf, Oberrieden

Grüne Uster

26. April 2014, Annahme 9:00-10:00 Uhr, Verkauf 10:00-15:00 Uhr

Velobörse Uster

Velos in Kommission (Ausweis mitbringen), Stadthausplatz

Grüne Bezirk Bülach

16. Mai 2014

Generalversammlung Grüne Bezirk Bülach

23. Mai 2014

Generalversammlung Grüne Bülach

Junge Grüne

1. Mai 2014, 9:00 Uhr

1. Mai, Kundgebung

1. Mai-Fest: 1., 3. und 4. Mai, Kasernenareal, Zürich

9. Mai, 19:00 Uhr

Mitgliederversammlung

Sekretariat, Ackerstrasse 44, Zürich